



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Jetzt nicht nachlassen – Bayerns Impfkampagne steuern, lenken und gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Die Corona-Schutzimpfungen folgen in Deutschland und so auch in Bayern einer Priorisierung – sie ist notwendig, solange der Impfstoff knapp ist und dient dazu, die Verteilung zugunsten der vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft zu organisieren und diese vor einem schweren Krankheitsverlauf und unser Gesundheitssystem vor einer Überbelastung zu schützen. Die Impfpriorisierung wurde auf Vorschlag der Ständigen Impfkommission in eine Bundesverordnung übersetzt und beinhaltet drei Kategorien (höchste, hohe und erhöhte Priorität). Zu diesen Prioritätsgruppen gehören beispielsweise ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Vorerkrankungen oder Personen, die aufgrund ihrer Wohnsituation (z. B. Geflüchtete und Obdachlose in Unterkünften) oder ihrem Beruf (z. B. Lehrerinnen bzw. Lehrer, Erzieherinnen bzw. Erzieher, Polizistinnen bzw. Polizisten, Busfahrerinnen bzw. Busfahrer, Supermarktverkäuferinnen bzw. -verkäufer) einem besonderen Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Es ist Aufgabe der Staatsregierung sicherzustellen, dass diese Gruppen schnellstmöglich ein Impfangebot erhalten.

Auslaufen der Impfreiheitenfolge gut steuern, Schwerpunktimpfungen aufsetzen

Eine Auflösung der Impfpriorisierung ist dann geboten, wenn sichergestellt ist, dass genügend Impfstoff vorhanden ist. Eine Auflösung der Impfpriorisierung bei nach wie vor knappen Ressourcen sorgt lediglich dafür, dass sich viel mehr Menschen um dieselbe Anzahl an Impfterminen bemühen. Das produziert Frust und Ungerechtigkeiten – z. B. wenn sich dadurch die Stärkeren in der Gesellschaft bei Bemühungen um einen Impftermin durchsetzen und benachteiligte Menschen (z. B. aufgrund von Sprachbarrieren, Informationslücken, Zeitmangel) abgehängt werden.

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird dies im Juni der Fall sein. Es ist nicht plausibel, warum die Impfreiheitenfolge in Bayern früher – wie von der Staatsregierung angekündigt bereits im Mai – aufgelöst werden kann. Die Verteilung der Impfstoffe nach Bayern erfolgt nach wie vor über den Bund. Wir fordern, die Auflösung bundeseinheitlich im Juni anzusetzen und bis dahin das Auslaufen der Impfreiheitenfolge durch gezielte Maßnahmen in Bayern bestmöglich zu steuern. Außerdem müssen die Impfkapazitäten umgehend ausgebaut werden, um mit den steigenden Lieferungen an Impfdosen Schritt halten zu können.

Die Staatsregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert:

- Eine mehrsprachige und barrierefreie Aufklärungs- und Informationskampagne aufzusetzen, welche über die verschiedenen Impfstoffe, Impfterminvergabe etc. in Bay-

ern, in zielgruppengerechter und in Leichter Sprache informiert und diese über verschiedene Kanäle (TV, Radio, Soziale Netzwerke, Telefonhotlines, Plakate, Handreichungen für Ärztinnen und Ärzte, ambulante Pflegedienste, Apotheken, Stadtteilzentren etc.) verbreitet werden. Das Ziel muss sein, die Impfbereitschaft weiter zu stärken, um Herdenimmunität zu erreichen.

- Schwerpunktimpfungen in Regionen bzw. Stadtvierteln mit besonders hohen Inzidenzen (z.B. aufgrund dichter Wohnsiedlungen) mit mobilen Impfteams aufzusetzen, um Bewohnerinnen und Bewohner von besonders betroffenen Stadtvierteln unkompliziert und schnell mit Schutzimpfungen zu versorgen und so auf lokale Infektionsherde reagieren und diese gezielter eindämmen zu können.

Impfkapazitäten ausbauen, mit steigenden Lieferungen Schritt halten

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Die Impfzentren werden weiter genutzt, denn sie sind ein wichtiger Anlaufpunkt für Impfwillige. In den Impfzentren ist für ausreichend Personal für die Terminvergabe, die notwendige Dokumentation und die Durchführung der Impfungen zu sorgen.
- Betriebsärztinnen und -ärzte sollen nach Aufhebung der Priorisierung in die Impfkampagne eingebunden werden. Es sind Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass betriebsärztliche Impfungen auch über den Beschäftigtenkreis hinaus durchgeführt werden können (z. B. für Angehörige, Beschäftigte von Subunternehmen bzw. Dienstleisterinnen und Dienstleister), kleine und mittelständische Betriebe ebenfalls in die Impfkampagne eingebunden werden können und Betriebe – wo möglich und sinnvoll – ihre Räumlichkeiten als öffentliche Impfzentren zur Verfügung stellen können.
- Darüber hinaus legt die Staatsregierung ein Konzept für Schulimpfungen vor, damit – sobald der Impfstoff für über 12-Jährige freigegeben ist – sofort mit der aufsuchenden Impfung vor Ort in der Schule begonnen werden kann, um einen vollständigen Präsenzbetrieb bis zum neuen Schuljahr durch möglichst hohe Impfquoten vorzubereiten.
- Universitäten und Hochschulen sollten zu eigenen Impfzentren aufgerüstet werden, um nach Aufhebung der Priorisierung die Studierenden schnell und unkompliziert vor Ort impfen und Präsenzbetrieb schnellstmöglich wieder ermöglichen zu können.

Begründung:

In den vergangenen Wochen hat der Impffortschritt deutlich an Fahrt aufgenommen. Am 3. Mai 2021 wurden in Deutschland 424 777 Impfdosen verabreicht. Damit sind nun 6 771 476 Personen (8,1 Prozent der Gesamtbevölkerung) vollständig geimpft. Insgesamt haben 23 852 426 Personen mindestens eine Impfdosis erhalten. In Bayern haben 29,2 Prozent vom Bevölkerungsanteil mindestens eine Erstimpfung erhalten. (Stand 04.05. 12:00 Uhr). Da in vielen Regionen bereits die Prioritätsgruppe 3 geimpft wird und größere Liefermengen von Impfstoffen in Aussicht stehen, ist die Aufhebung der Priorisierung in Sichtweite. Eine Auflösung der Impfpriorisierung ist dann geboten, wenn sichergestellt ist, dass genügend Impfstoff vorhanden ist. Es ist nicht plausibel, warum die Impfreiheitenfolge in Bayern früher – wie von der Staatsregierung angekündigt bereits im Mai – aufgelöst werden kann. Wir fordern, die Auflösung bundeseinheitlich im Juni anzusetzen und bis dahin das Auslaufen der Impfreiheitenfolge durch gezielte Maßnahmen in Bayern bestmöglich zu steuern.

Zu Auslaufen der Impfpriorisierung steuern, Schwerpunktimpfungen aufsetzen:

Gleichzeitig sind die Inzidenzwerte in Bayern immer noch hoch. Stand 03.05.2021 waren 4,57 Prozent der bayerischen Bevölkerung infiziert. Dabei gibt es aus der Wissenschaft deutliche Hinweise auf ein höheres Infektionsrisiko in sozio-ökonomisch schwächer gestellten Bevölkerungsgruppen, die beengter wohnen und öfter Tätigkeiten ausüben, die eine Präsenz am Arbeitsplatz und direkten Kontakt erfordern. Auch Sprach-

barrieren können es vor allem Menschen mit Migrationshintergrund erschweren, die gerade geltenden Regeln genau zu verfolgen und verlässliche Informationen über den Impfprozess zu erlangen. Um diese Menschen zu schützen und das Infektionsrisiko in ihrem Umfeld zu reduzieren, ist eine mehrsprachige, breit gefächerte, barrierefreie Aufklärungskampagne notwendig. Auch eine verbesserte Datenerfassung über diese sozio-ökonomischen Risikofaktoren ist überfällig.

Gezielte Aufklärungskampagnen sind auch da notwendig, wo Menschen ihren eigenen Nutzen einer Impfung eventuell als niedrig einschätzen. Dies betrifft jüngere Menschen, die seltener von schweren COVID-19-Krankheitsverläufen betroffen sind, aber auch Erstgeimpfte, von denen laut Medienberichten einige ihren zweiten Impftermin nicht wahrnehmen und damit nicht den vollständigen Impfschutz erhalten. Die Aufhebung von vielen Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen und Quarantänepflichten für nachweislich vollständig Geimpfte, kann hier ein Anreiz sein, um die zweite Impfung wahrzunehmen.

Zu Impfkapazitäten ausbauen:

Die Lieferung von Impfdosen wird in den kommenden Wochen und Monaten deutlich ansteigen. Es ist wichtig, jetzt die Weichen zu stellen, um die Impfkapazitäten in Bayern schnell hochfahren zu können. Nur so können die Impfdosen auch tatsächlich in großer Menge und schnellem Tempo an die bayerische Bevölkerung verimpft werden, sobald sie ankommen. Wir halten die Schließung von Impfzentren zu dem Zeitpunkt, wo eine Vielzahl an Menschen geimpft werden kann, nicht für sinnvoll. Im Gegenteil müssen möglichst viele Wege zur Impfung ermöglicht werden, wenn die Priorisierung aufgehoben werden kann. Die Kapazitäten von Hausärztinnen und -ärzten, Impfzentren, Betriebsärztinnen und -ärzten sowie – wenn ein Impfstoff für Kinder zugelassen worden ist – Kinderärztinnen bzw. -ärzten werden gebraucht werden, um die größeren Impfstoffmengen möglichst schnell verimpfen zu können. Je mehr Menschen wir möglichst schnell impfen können, desto mehr Menschen können bald wieder ein Stück Normalität zurückbekommen.